



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 2
13.01.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 37 % bzw. 36 %, SPD bei 21 % bzw. 20 %
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung steigen; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
-------------	---

Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
--------------------------	---

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF
CDU/CSU	37 (-)	37 (-1)	36 (-)
SPD	20 (-1)	21 (-1)	21 (-1)
FDP	6 (-)	6 (+1)	6 (+1)
DIE LINKE	9 (-)	10 (+1)	9 (-1)
B'90/Grüne	10 (-)	10 (-)	10 (-)
AfD	12 (-)	12 (-)	13 (+1)
Sonstige	6 (+1)	4 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.01.	06.-11.01.	10.-12.01.

Die Union liegt bei forsa 17 (+1), bei Emnid 16 (-) und bei FG Wahlen 15 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	50 (-1)
Gabriel	14 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.01.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 36 (-1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

87 % (-2) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (+2) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 74 % (+2) für Merkel und 8 % (+3) für Gabriel entscheiden.

37 % (-2) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 39 % (+3) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (15.01.2017)

² im Vergleich zur KW 49/2016

Problemlösungskompetenz

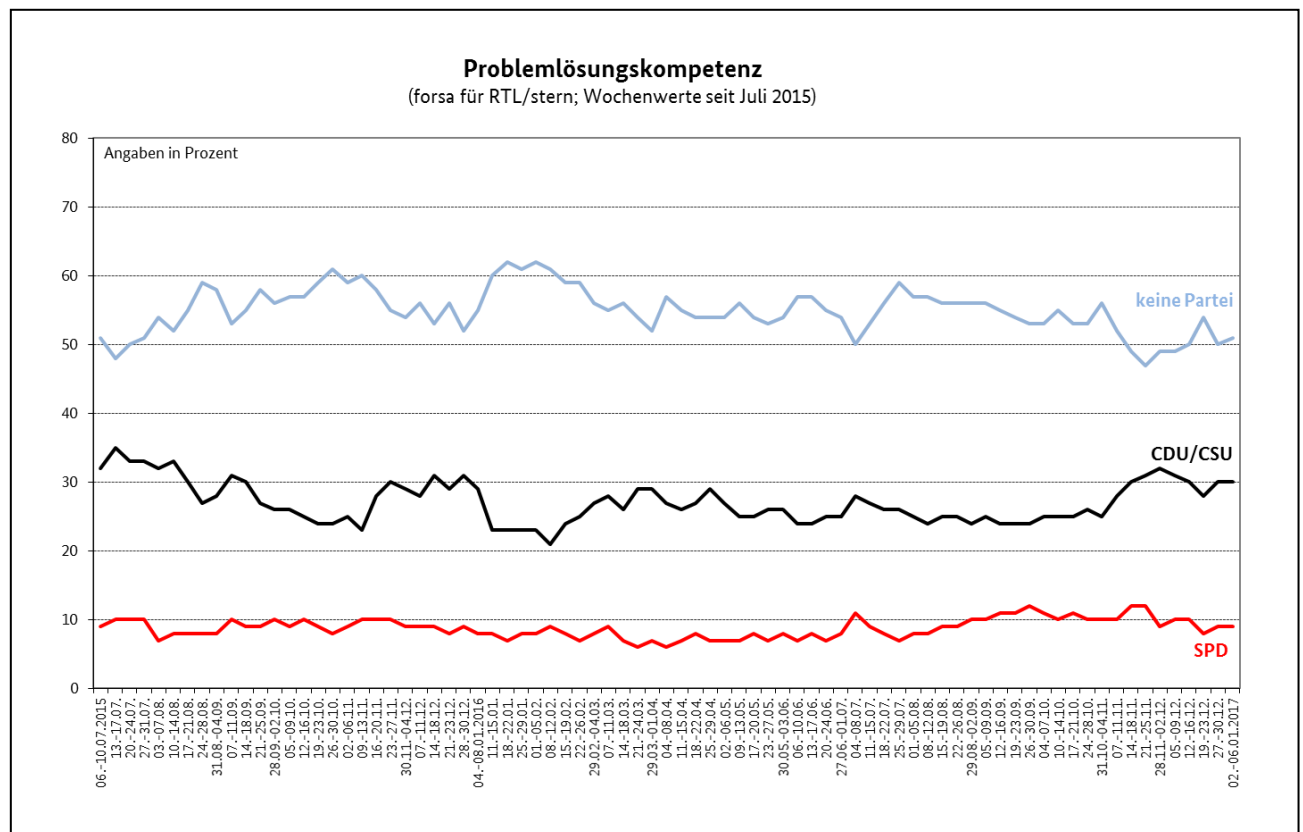
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	30	(-)
SPD	9	(-)
sonstige Parteien	10	(-1)
keine Partei	51	(+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.01.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 21 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

51 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

68 % (-3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 39 % (+2) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Januar 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Dezember 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	73 (+4)	25 (-4)	1 (-1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	65 (+3)	32 (-2)	2 (-)	1 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	61 (+5)	36 (-3)	3 (-)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61 (+4)	34 (-4)	5 (+1)	0 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	60 (+5)	33 (-6)	5 (+1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	59 (+3)	38 (-2)	2 (-1)	0 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	47 (+7)	41 (-2)	9 (-2)	2 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-5)	42 (+4)	9 (+3)	1 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	46 (+1)	45 (-1)	8 (+1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (+4)	41 (-4)	11 (+1)	1 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (-4)	43 (+8)	10 (-2)	2 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	37 (+1)	48 (-)	13 (-)	1 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	35 (+3)	45 (-8)	15 (+4)	4 (+1)
Staatsschulden begrenzen	32 (+3)	47 (-3)	15 (-1)	5 (+2)
neue Technologien fördern	32 (+4)	47 (-7)	17 (+2)	3 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	28 (+1)	51 (+3)	17 (-1)	3 (-2)
Verbraucherschutz stärken	27 (-3)	57 (+6)	14 (-2)	2 (-)
für Preisstabilität sorgen	25 (+1)	58 (+3)	13 (-2)	3 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	25 (+2)	54 (-3)	17 (+3)	2 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (+1)	55 (-1)	16 (-1)	4 (-)
Erhebungszeitraum	04.-10.01.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Linkspartei (90 %) und der Grünen (83 %) sowie von unter 40-Jährigen (82 %) als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher und mittlerer formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (77 % zu 67 %) und Frauen häufiger als Männer (79 % zu 67 %). Anhängern der FDP (65 %), AfD (66 %) und SPD (68 %) ist die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft sehr wichtig.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 40- bis 59-Jährigen (73 %), Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (69 %) sowie Anhängern der AfD (76 %) und FDP (74 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Unter 30-Jährige (54 %) sowie Anhänger der Linkspartei (53 %) und der Grünen (39 %) nennen die Altersversorgung unterdurchschnittlich oft.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Januar 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Dezember 2016

Ernied für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	73 (+3)	18 (-2)
neue Technologien fördern	69 (+3)	22 (-3)
für Preisstabilität sorgen	66 (+3)	29 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	65 (-4)	29 (+6)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	65 (+3)	30 (-4)
deutsche Interessen in der EU vertreten	64 (-6)	29 (+4)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (-4)	34 (+3)
Verbraucherschutz stärken	59 (+3)	33 (-3)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	58 (+3)	37 (-1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	58 (+1)	39 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	58 (-4)	39 (+4)
Staatsschulden begrenzen	56 (-3)	38 (+7)
Energiewende zügig vorantreiben	55 (-4)	41 (+5)
Gesundheitswesen modernisieren	53 (+6)	41 (-5)
für bezahlbare Strompreise sorgen	51 (+3)	44 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	49 (+4)	46 (-3)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	45 (+1)	51 (-2)
Altersversorgung langfristig sichern	36 (-)	59 (-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	35 (-1)	61 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	34 (+4)	61 (-5)
Erhebungszeitraum	04.-10.01.2017	

In 15 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (73 %) und die Förderung neuer Technologien (69 %).

Für das Politikfeld "Gesundheitswesen modernisieren" ist im Vergleich zum Vormonat der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, am stärksten gewachsen (+ 6 Prozentpunkte).

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

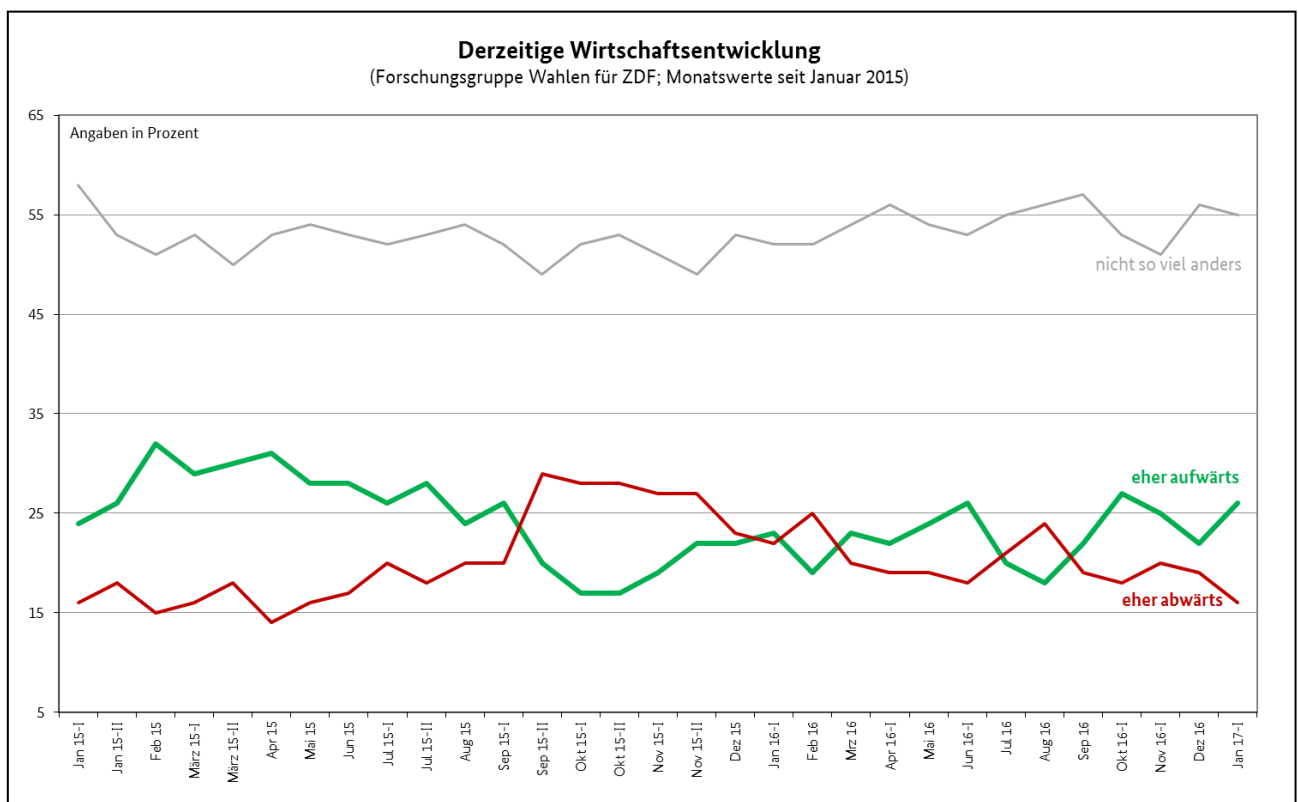
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	26 (+4)	
eher abwärts	16 (-3)	
nicht so viel anders	55 (-1)	
Erhebungszeitraum	10.-12.01.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 49/2016 verbessert.

Anhänger der FDP (34 %) und der SPD (32 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (30 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



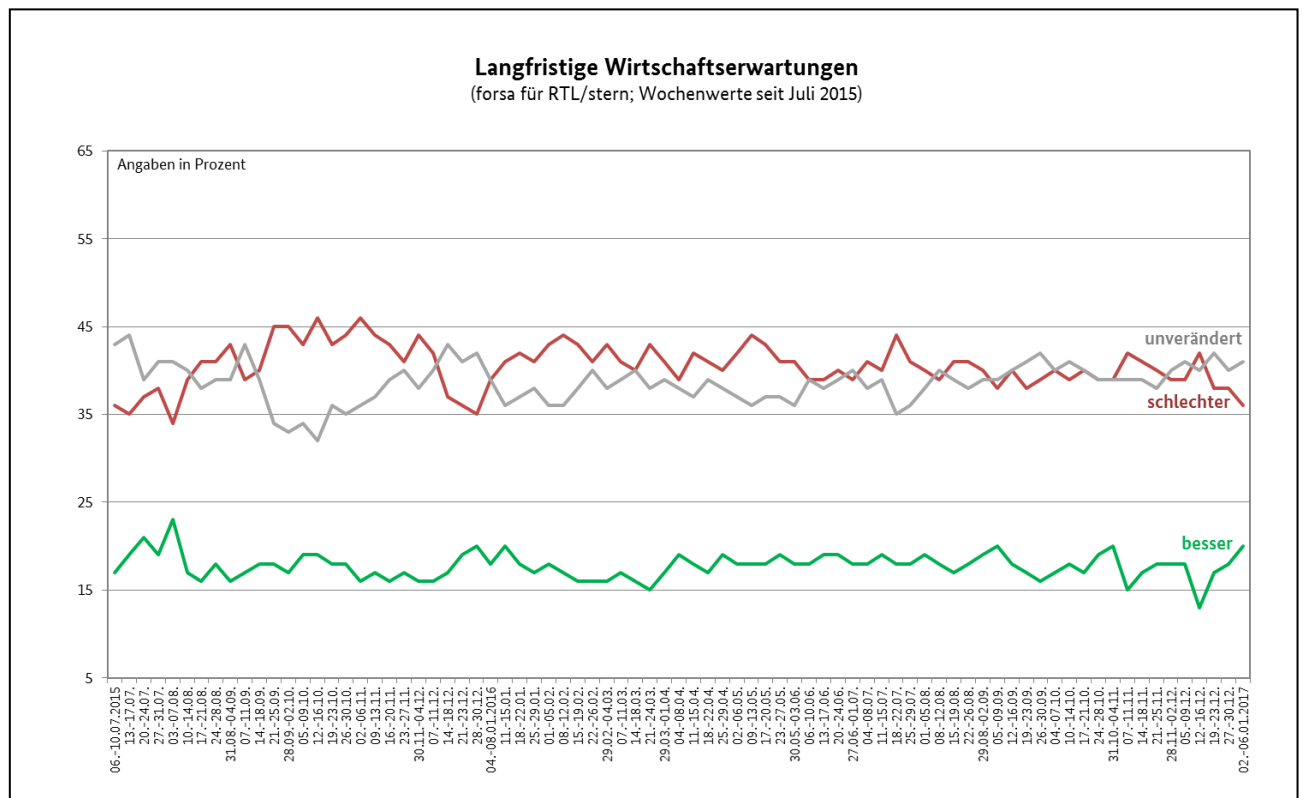
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	20	(+2)
schlechter	36	(-2)
unverändert	41	(+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.01.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt gleichwohl um 16 (-4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 51/2016

	forsa für BPA
besser als vor einem Jahr	18 (+1)
schlechter als vor einem Jahr	15 (-2)
genauso wie vor einem Jahr	66 (+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.01.

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (28 % zu 11 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (25 % zu 18 %).

Personen mit mittlerer formaler Bildung (20 %) nehmen überdurchschnittlich oft eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr.

Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 51/2016

	forsa für BPA
in einem Jahr besser	23 (-)
in einem Jahr schlechter	14 (+2)
ungefähr so wie jetzt	62 (-2)
Erhebungszeitraum	02.-06.01.

Unter 45-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (36 % zu 8 %), Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche (24 % zu 17 %) und Geringverdiener etwas häufiger als Gutverdiener (26 % zu 22 %).

Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 51/2016

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	50	(+4)
zurzeit eher ungünstig	42	(-3)
Erhebungszeitraum	02.-06.01.	

Gutverdiener sind häufiger als Geringverdiener (63 % zu 38 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre, und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (57 % zu 38 %).

Unter 30-Jährige (50 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, man sollte sich zurzeit mit größeren Anschaffungen eher zurückhalten.

Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 51/2016

	forsa für BPA	
eher optimistisch	49	(+4)
eher pessimistisch	32	(-2)
Erhebungszeitraum	02.-06.01.	

Gutverdiener glauben häufiger als Geringverdiener, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen (55 % zu 43 %). Westdeutsche denken das häufiger als Ostdeutsche (50 % zu 42 %) und Personen mit einfacher und höherer formaler Bildung häufiger als Personen mit mittlerer formaler Bildung (52 % zu 44 %).

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	28 (+6)
US-Präsidentschaft Donald Trump, Wahl in den USA	15 (+8)
Anschlag am Breitscheidplatz in Berlin	13 (-3)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	13 (+5)
Kriege, Unruhen, Terror in der Welt allgemein	12 (+3)
Innere Sicherheit, Kriminalität, Bekämpfung Terrorismus	9 (+2)
Erhebungszeitraum	09.-11.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Linkspartei (35 %), der SPD und der AfD (je 33 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Westdeutsche nennen es häufiger als Ostdeutsche (29 % zu 21 %), über 50-Jährige häufiger als unter 35-Jährige (31 % zu 22 %), Frauen häufiger als Männer (32 % zu 23 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (31 % zu 24 %). Anhänger der Grünen (19 %) und der FDP (10 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Die US-Präsidentschaft Trumps nennen Gutverdiener (26 %), Personen mit hoher formaler Bildung (21 %) sowie Anhänger der Union (22 %) und der SPD (20 %) überdurchschnittlich oft als das wichtigste Thema der Woche.

